

h wünschbare  
nen. Vor allem  
bei allem Streit  
ellung besserer  
s hin zur ärzt-  
ßerung –, dass  
Staatsbürger-  
erholten Wert-  
wahren Werte  
chzusetzen.



Samantha Besson

#### ARMUT, MIGRATION UND STAATSBÜRGERSCHAFT

Respondenz zu Ayelet Shachars Mosse-Lecture

In ihrem Buch *The Birthright Lottery: Citizenship a Global Inequality* markiert Ayelet Shachar zwei Problemstellungen und macht dazu zwei Lösungsvorschläge. Zum einen die extrem ungleichen Vorgaben zum Erwerb der Staatsbürgerschaft, die uns wie eine Erbschaft mehr oder weniger zufällig zufällt, und zum anderen den in der Praxis von Staatsbürgerschaftsfragen fehlenden Zusammenhang von Geburtsrecht und sozialer und politischer Teilhabe. Die zwei Lösungsvorschläge, die sie anbietet, sind zum einen eine gesetzliche Regelung zur Einschränkung des Privilegs des Geburtsrechts, zum andern ihre Idee zur Schaffung eines sog. *ius nexi*.

Beide Interessenpunkte, die sie markiert, finden meine volle Unterstützung: unsere Verantwortung für die Armen dieser Welt in der Folge globaler Ungleichheit und ihr Eintreten für eine demokratische Integration in Migrationsgesellschaften, in denen Menschen, die dort nicht geboren sind und deshalb keine vollwertigen Staatsbürger sind, dennoch ihre Interessen interdependent und gleichberechtigt mit den Einheimischen vertreten sollten. Mit diesen beiden vorrangigen Aufgaben und Herausforderungen sehen wir uns in unserer Zeit konfrontiert und sollten uns

entsprechend engagieren: mit der Forderung, die individuelle Verantwortlichkeit angesichts der globalen Armut grundlegend zu stärken, und auch mit der Aufforderung, weitere Kriterien für den Erwerb der Staatsbürgerschaft neben der nationalen Zugehörigkeit (nach Geburtsort und Herkunft), zur Geltung zu bringen (wobei es, was die Gleichberechtigung angeht, eine Fülle von Aspekten zu berücksichtigen gilt, z.B. permanente Aufenthaltsgenehmigungen u.a.).

Allerdings sehe ich nicht die direkte Verbindung, die Shachar zwischen beiden Problemen und entsprechend den beiden Lösungsvorschlägen herstellt. Ohne Zweifel stellen beide eine ernsthafte Herausforderung dar, aber beides miteinander in eins zu setzen, hilft weder der einen noch der anderen Sache: dort die Armut zu lindern und hier Staatsbürgerschaftsrechte zu gewähren. Wenn wir uns ernsthaft für die Armut in der Welt verantwortlich fühlen, so haben wir viele gute Gründe dafür (Kausalitäten, Kapazitäten, Schadensbegrenzung, besondere Beziehungen und Nützlichkeitsabwägungen), dies aber keineswegs aus Gründen unserer jeweiligen politischen Organisation und mit Sicherheit auch nicht, weil wir in eine vorbestimmte politische Gemeinschaft hineingeboren wurden. Genauer gesagt: wenn die Verantwortlichkeit etwas zu tun haben soll mit unserem so oder so beschaffenen Geburtsstatus, so zählt allein das Arm oder Reich, nicht aber die Frage nach der hier oder dort qua Geburt erworbenen Staatsbürgerschaft. An den mit der Geburt gegebenen Ungerechtigkeiten wird sich sicherlich auch nach der Einführung des von Shachar vorgeschlagenen *ius nexi* nichts ändern, weil allein die Tatsache, dass man in ein Land mit natürlichen Vorzügen und sozialen Vorteilen hineingeboren wurde und dort aufgewachsen ist, wo Wohlstand geschaffen und garantiert wird (oder eben auch nicht), noch nichts zu tun hat mit der bestimmten politischen Zugehörigkeit, die einem zu Teil wurde. Und außerdem: wenn eine ärmere Bevölkerung in unsere Gesellschaft einwandert, dann ist es doch so, dass deren Einbeziehung in unser demokratisches Gemeinwesen sich in erster Linie dadurch rechtfertigt, dass diese Menschen ihren Anteil hat an unseren Lebensverhältnissen, und nicht etwa dadurch, dass wir für die Minderung ihrer Armut Verantwortung übernehmen. Im Übrigen heißt es ja noch lange nicht, dass man materiell besser gestellt ist, wenn die politische Integration in ein Wohlstandsland geschafft ist. Das persönliche Gelingen und der allgemeine Wohlstand eines Landes können nicht einfach in eins gesetzt werden. Auch ohne die volle Staatsbürgerschaft kann durch eine Aufenthaltsgenehmigung für Migranten das gesichert werden, was am wichtigsten ist: Arbeit in einer prosperierenden Gesellschaft, gute Lebensbedingungen und die Sendung von Ersparnissen ins Heimatland. Staatsbürgerschaftsrechte hingegen, die zuerkannt werden, sind auch aus anderen als wirtschaftlichen Gründen für Menschen erstrebenswert, die in den genannten Lebensumständen die gleichen, interdependenten Ziele verfolgen.

Wie dem auch sei, wenn Shachar Recht haben sollte mit ihrer Beobachtung, dass es heute viel weniger Migranten gibt als angenommen, dann

ist ihr Plädoyer für den Zusammenhang ihrer beiden Problempunkte (globale Ungleichheit und politische Exklusion) noch fragwürdiger: Die Migranten aus Armut kommen ohnehin nur selten dahin, das Staatsbürgerschaftsrecht in dem anderen Land zu reklamieren. Der Grund dafür, dass die Menschen ihr eigenes Land letztlich nicht verlassen, um in reichere Länder auszuwandern, ist eben darin zu suchen, dass sie ihre Staatsbürgerschaft und ihre politische Zugehörigkeit nicht aufgeben wollen. Ihr Gemeinwesen mag von Armut geprägt sein, gleichwohl hat es für sie den gleichen sozialen Wert wie das unsere für uns, ganz unabhängig davon wie nun die jeweilige Mitgliedschaft in der Gemeinschaft erworben wird. Ich fürchte, dass Shachar dadurch, dass sie ihre beiden Problemstellungen, die beide je für sich außerordentlich wichtig sind, zusammen zwingt, zum einen dazu verführt wird, für beides unangemessene Lösungen zu suchen, und zum anderen auch der Weg verstellt wird, für jedes der beiden Probleme, getrennt voneinander, eine effektivere und jeweils gerechtere Lösung zu finden.

Erstens: Auch ich gehe davon aus, dass im Sinne einer politischen Gleichberechtigung die gemeinsame Zugehörigkeit aller, die gleiche Ziele und Absichten verfolgen, ein Erfordernis von Demokratie ist; auch halte ich Shachars Vorschlag eines *ius nexi* für ein geeignetes Mittel, um dem Ausschluss von Staatsbürgerschaftsrechten zu begegnen. Ich vermag aber nicht einzusehen, warum und wieso das *ius nexi* etwas dazu beitragen soll, globale Ungerechtigkeit einzudämmen, wenn sich zeigt, dass die meisten Menschen gar nicht emigrieren wollen. Und wenn sie doch emigrieren, so ist es ihre reale Präsenz und nicht die Staatsbürgerschaft, die im Einzelfall ausschlaggebend ist für ihre materielle Situation in dem neuen Land. Welches Szenario wir uns auch immer denken, für die daheim Gebliebenen verändert sich dadurch ohnehin nichts.

Zweitens: Man kann feststellen, dass durch die Engführung von Staatsbürgerschaft und Ungleichheit die vorhandenen Alternativen zur Verbesserung der Lage erst gar nicht in den Blick kommen. Zur praktischen Lösung der angesprochenen Probleme stiftet Shachars Ineinsetzung beider Probleme eher Verwirrung. Angesprochen wurden bereits, was die Armut in der Welt angeht, die guten Gründe für unsere moralische Hilfestellung. Die Umstände der Geburt gehören nicht dazu. Auch sollten wir nicht die eigene Verantwortlichkeit der armen Länder vergessen: die Verpflichtung ihrer jeweiligen Regierungen und ihrer Bürger auf die Menschenrechte zur Bekämpfung der Armut. Entsprechend sollte auch bei uns, in unseren verschiedenen Ländern, von diesen Menschenrechtsverpflichtungen gegenüber den Ärmern die Rede sein. Und wenn von Integration gesprochen wird, dann sollten die Begründungen dafür, dass wir das politische Wahlrecht auch den Menschen gewähren, die nicht in unserem Land geboren wurde, auch denen, die keine Nachkommen von Staatsbürgern dieses Landes sind, auf der Basis von Gleichberechtigung demokratisch legitimiert sein. Die Begründung kann jedenfalls nicht im Bereich einer globalen Gerechtigkeit liegen, die wir anderen schuldig sind.

## Die Armut verringern, aber ohne Überlast

<sup>1</sup>  
Vgl. u.a. Samantha Besson: *Human Rights – Ethical, Political or Legal? First Steps in a Legal Theory of Human Rights*. In: Donald Earl Childress (Hg.): *The Role of Ethics in International Law*. Cambridge UP 2011, S. 211–245.

<sup>2</sup>  
Vgl. u.a.: Thomas W. Pogge (Hg.): *Freedom from Poverty as a Human Right*. Oxford 2007; Thomas W. Pogge: *World Poverty and Human Rights*. 2. Aufl. Cambridge 2008.

<sup>3</sup>  
Vgl. u.a. Henry Shue: *Basic Rights: Subsistence, Affluence and US Foreign Policy*. 2. Aufl. Princeton 1996; Andrew Kuper (Hg.): *Global Responsibilities. Who must deliver on Human Rights?* Oxford 2005; Charles R. Beitz: *The Idea of Human Rights*. Oxford 2009, S. 161–174.

<sup>4</sup>  
Vgl. hierzu H. de Schutter und R. Tinnevelt (Hg.): *Nationalism and Global Justice*. David Miller and his Critics. London 2011.

In ihrem ersten Lösungsvorschlag zur Frage der besonders ungerechten Zuschreibung der Staatsbürgerschaft nach dem allgemein anerkannten Erbteils des Geburtsrechts nimmt Shachar Partei für eine Verpflichtung der Bürger wohlhabender Staaten, eine Kompensation für ihr Geburtsprivileg zu leisten. Diese könnte in einer Art Steuer zugunsten der Bürger armer Länder bestehen. Zwar habe ich Verständnis für Shachars Ansatz einer praktischen und nicht abstrakt-theoretischen Rechtsprechung, doch halte ich es für recht gefährlich, Recht und Moral derart zusammen zu führen. Und dies umso mehr, wenn die Rede ist von juristischen Rechten und Pflichten, die ebenso moralische Rechte und Pflichten sein sollen.<sup>1</sup> Dies scheint tatsächlich der Fall zu sein, wenn sie einen Zusammenhang herstellt von Eigentumsrechten und Erbschaftsrecht. Noch problematischer ist es, Beispiele aus der Gesetzgebung im eigenen Land moralisch zu universalisieren und aus der Argumentation für eine transnationale Gesetzgebung letztendlich auf eine international geltende rechtliche Verpflichtung zu schließen. Wie dem auch sei, Shachar hat keine Erklärung dafür, wie man denn von der Analogisierung des Eigentumsrechts und Geburtsrecht im eigenen Land zu Argumenten auf der Ebene des Völkerrechts gelangt.

Betrachtet man Shachars Idee einer sowohl rechtlichen wie auch moralischen Verpflichtungen der Reichen für die Armen noch etwas genauer, so muss man feststellen, dass ihre Argumentation mit bekannten Debatten über die Verpflichtung zu einer globalen Gerechtigkeit für die Armen übereinkommt,<sup>2</sup> insbesondere mit den Selbstverpflichtungen, die aus dem Umkreis der Bewegung für eine Erklärung der Grundrechte gegen Armut stammen.<sup>3</sup> Erklärtermaßen möchte Shachar ihr Projekt nicht hier verortet sehen, denn sie legt Wert darauf das, was sie mit »rechtlichen Verpflichtungen« meint, von dem zu unterscheiden, was sie das »Reich der Wohltätigkeit und Moralität« nennt. Gleichwohl lässt sich zeigen, wie sie sich einige der diesbezüglichen moralischen Argumente zu eigen macht oder doch zumindest einsetzt, um Lücken in ihrer eigenen Argumentation zu füllen. Die in diesem Zusammenhang ausführlich geführten Diskussionen machen deutlich, dass Moralität in der Tat viel mehr bedeutet als nur Wohltätigkeit, und im Rahmen des hier verwendeten Moralbegriffs sollte man tunlichst unterscheiden zwischen Begründungen, Verantwortlichkeiten und Pflichten, perfekten und imperfekten, und auch differenzieren zwischen Pflichten von Rechtsinhabern und Pflichten ohne diesen Titel.

Zum einen wäre zu spezifizieren, was unter der Ungerechtigkeit, von der Shachar spricht und die zu beseitigen sei, eigentlich zu verstehen ist. Was genau ist gemeint, wenn sie im Titel ihres Buches von »inequality« spricht. In der Forschung gehen nicht alle Beiträge, die eine internationale Verantwortlichkeit von Staaten für die Armen dieser Welt zum Thema machen, vom Grundsatz der Gleichberechtigung aus, zumindest nicht von einem »starken« Begriff der Rechtsgleichheit, mit dem die Chancengleichheit und die staatliche Wohlfahrt gemeint sind.<sup>4</sup> Andern-

falls müsste man starke Argumente ausbieten. Am häufigsten wird allerdings ein begrenzter Ansatz vertreten bzw. ein Begriff von Benachteiligung und Armut, der offen und nicht übertragbar ist zwischen verschiedenen Gruppen und Gesellschaften. Shachar scheint sich dagegen für einen radikal egalitären, insbesondere von unterschiedlichen Lebensaussichten ausgehenden Ansatz auszusprechen, ohne allerdings zu erklären, warum und wieso. Auch fehlt es ihr an Argumenten für einen derartig robusten Egalitätsbegriff, der grenzübergreifend gelten soll, wo doch gerade für die transnationale Verwendung weitere Argumente erforderlich wären.<sup>5</sup>

Zum zweiten, so meine ich, sollte man nicht von »Pflichten« sprechen, wenn unklar ist, wie weit diese reichen und wer eigentlich zu solchen Pflichten zu verpflichtet ist. Normalerweise spricht man stattdessen besser von »Verantwortlichkeiten«. Die Spezifikation solcher Pflichten und Verpflichtungen kann eigentlich nur von bestimmten Institutionen zugeschrieben und zugeteilt werden.<sup>6</sup> Diese Institutionen sind dazu da, die verschiedenen Interessen und Pflichten zusammen zu bringen und vermittelnd tätig zu werden, aber auch, um Pflichten individuell oder kollektiv an verschiedene Träger neu zuzuweisen. So wie die internationalen Beziehungen beschaffen sind, gibt es allerdings keine Institutionen, die in diesem Sinne internationale Verpflichtungen, spezifiziert nach der Trägerschaft, zuschreiben und zuteilen könnten. Wir müssen uns daher auf eher strategische und pragmatische Überlegungen zu den Verantwortlichkeiten und zu denen, die Verantwortung übernehmen können, zurückziehen und uns mit vorläufigen Handlungsweisen, wenn es sie überhaupt gibt, zufrieden geben. Solange die gewollten Verpflichtungen nicht konkret benannt und zugeteilt werden, wird auch niemand wirklich Verantwortung übernehmen.

Nun wäre es interessant, von Shachar zu hören, wie sie mit diesen institutionellen Schwierigkeiten umgehen will. Sie spricht von staatsbürgerlichen Pflichten gegenüber Bürgern anderer Staaten und bezieht sich dabei wahrscheinlich auf staatliche Instrumente der Rechtsprechung. Aber sollte man hier nicht auch an die Rechte und Pflichten der einzelnen Individuen und die von internationalen Organisationen denken? Auch staatliche Aufgaben müssen diesbezüglich ja institutionell und verfahrensrechtlich angemessen koordiniert und geordnet werden. Andernfalls würden eben diejenigen Werte der Staatsbürgerschaft und die demokratischen Prinzipien, die Shachars Argumentation zugrunde liegen, diese unterminieren. Im Übrigen ist es so, dass in den demokratischen Staaten, die wir haben, Interventionen und Hilfen von außen zurückgewiesen werden, und wir verfügen bis jetzt nicht über institutionelle Mechanismen, die uns in die Lage versetzen würden, der demokratischen Legitimität solcher Entscheidungen, außerhalb der eigenen Grenzen nicht zu helfen und zu intervenieren, etwas Vergleichbares an die Seite zu stellen.<sup>7</sup>

Als dritter Punkt ist in diesem Zusammenhang die grundsätzliche Frage der Verantwortung für die Armen zu nennen. Solange es keine Insti-

5

Vgl. D. Miller. In: Helder de Schutter und Ronald Tinnevelt, *Nationalism* (Anm. 4); siehe auch: Allen Buchanan: *Equality and Human Rights*. In: *Politics, Philosophy and Economics* 4, 1 (2005), S. 69-90.

6

Vgl. Shue: *Basic Rights* (Anm. 3).

7

Vgl. auch: D. Miller: *The Responsibility to protect Human Rights*. In: L. Meyer (Hg.): *Legitimacy, Justice and Public International Law*. Cambridge UP 2009, S. 232-251.

tutionen gibt, die in diesen Fragen insgesamt einen Begründungszusammenhang liefern könnten, muss jedes verantwortliche Handeln im Einzelfall gerechtfertigt werden. Die Tatsache der Geburt als kontingentes Ereignis kann keineswegs dazu gehören. Daher wäre es wichtig, dass eine Gesetzgebung zum Geburtsprivileg mit einigen anderen der genannten Gründe für verantwortliches Helfen begründet würde: im Zusammenhang von Schädigungen, Kausalitäten, Kompetenzen, Nützlichkeiten oder sozialen Bindungen.<sup>8</sup> Dabei wären auch die wechselseitigen Beziehungen dieser Faktoren zu klären, v.a. die Frage, in welcher Beziehung die vorgeschlagene Gesetzgebung zur Relativierung der Privilegien des Geburtsrechts zu anderen Verantwortlichkeiten steht, die sich aus den Fragen zu einer globalen Gerechtigkeit und zu den Menschenrechten zugunsten der Armen ergeben. Shachar nimmt für ihren Vorschlag in Anspruch, die bestehenden Verantwortlichkeiten zu komplettieren. Dabei bleibt allerdings die Frage offen, wie im Konfliktfall zu verfahren ist.

Und schließlich taucht auch noch die Frage auf, wie die genannten internationalen Verpflichtungen zugunsten der Armen sich zu denen verhalten, die sich aus den Menschenrechten ergeben. Ein gesetzlicher Anspruch auf Pflichten aus den Menschenrechten richtet sich primär an staatliche Einrichtungen, was sich letztlich aus dem politischen Anspruch auf staatsbürgerliche Gleichstellung und der wechselseitigen Vermittlung der Rechte und Pflichten als Staatsbürger durch die politischen Institutionen ergibt.<sup>9</sup> Shachars Modell dagegen läuft Gefahr, die hier bestehenden Auflagen zu umgehen oder zumindest doch, nicht erklären zu können, in welchem Verhältnis die staatsbürgerlichen Pflichten in den wohlhabenden Ländern zu denjenigen Verpflichtungen sich verhalten, die sich auch hier aus den Menschenrechten ergeben. Auch kann es zum Konflikt kommen zwischen den im Inland jeweils gegebenen menschenrechtlichen Verbindlichkeiten gegenüber den eigenen Staatsbürgern und den, angesichts der globalen Armut bestehenden Verpflichtungen des eigenen Landes nach außen. Hier handelt es sich gegenwärtig um eine der schwierigsten Fragen, was eine globale Theorie der Gerechtigkeit angeht<sup>10</sup>, die Shachar eigentlich ansprechen müsste, allein schon deshalb, weil sie mit ihrem Engagement für die armen Kinder in der Welt als überzeugte Demokratin agiert, aber ebenso doch auch für die Kinder im eigenen Land sprechen müsste, deren Rechte uns anvertraut sind.

### Für einen umfassenden Begriff der Staatsbürgerschaft, aber nicht ohne Konturen

Wenn Shachar ihre Problematik der Differenz der Staatsbürgerschaft qua Geburtsrecht im Verhältnis zur Praxis der sozialen und politischen Partizipation aufmacht, so will sie keineswegs die Institution der Staatsbürgerschaft diskreditieren, auch das territoriale Prinzip. Ihr Kosmopolitismus hat seine Wurzeln im eigenen Land, vorerst jedenfalls. Folglich weist sie in ihrer Argumentation die Geburtsprivilegien zurück, akzep-

tiert jedoch, dass es gewisse Statusprivilegien und die damit verbundenen Ausschlusskriterien gibt, allerdings nur unter der Voraussetzung, dass diese erworben werden können und nicht nur vererbt sind. Interessanterweise hat Shachar auch nicht im Sinn, das *ius soli* und das *ius sanguinis* durch ihre Variante des *ius nexi* zu ersetzen, und sie gibt nicht vor zu wissen, wie sich deren Verhältnis zueinander künftig gestalten wird. Sie schließt aber nicht aus, dass die älteren Rechtsauffassungen zur Staatsbürgerschaft allmählich verschwinden werden. Ihren diesbezüglichen Agnostizismus halte ich allerdings für problematisch.

In der Tat sollte der Erwerb der Staatsbürgerschaft durch Geburt und Herkunft der Anerkennung des *nexus*-Prinzips und der damit verbundenen gleichwertigen und unabhängigen Zugangsberechtigung nicht im Wege stehen. So wie das Altern ist auch das Geborenwerden als Erkennungsmerkmal klar gegeben und als gleichartige Bedingung objektiv feststellbar. Vergibt man die Staatsbürgerschaft an diejenigen, die auf einem bestimmten Territorium geboren wurden oder Eltern hatten, die hier geboren wurden, so ähnelt dies der Vergabe des Führerscheins an 16 oder 18jährige, die Gewährung des Wahlrechts mit 18 Jahren und dergleichen mehr. Die Bedeutung der Geburt wurde durch die enge Verbindung von Nationalität und Staatsbürgerschaft zum Problem, auch deshalb, weil durch diese Koppelung verhindert wurde, die Staatsbürgerschaft auf anderen Wegen zu erwerben wie z.B. durch den Aufenthaltsnachweis, die Erwerbsfähigkeit usw. Allerdings gibt es selbst dann, wenn ein *ius nexi* anerkannt wird, gute Gründe, um am *ius soli* und am *ius sanguinis* festzuhalten.

Es sind sowohl normative wie auch praktische Gründe, die dafür sprechen. Rein praktisch gesehen ist es viel einfacher anzunehmen, dass durch die Geburt gleiche und einander bedingende Voraussetzungen geschaffen werden. Das ist einfacher als für die Mehrheit aller Einwohner und hier für jeden Einzelnen die Aufenthaltsberechtigung nachzuweisen. Normativ gesehen spricht viel dafür, für eine gewisse Stabilität der Wählerschaft und folglich auch für die Einwohnerschaft selber Sorge zu tragen. Und eine entsprechende Kontinuität kann allein durch die Geburt gesichert werden, da das *nexus*-Prinzip per definitionem fließend ist. Ohne die von Generation zu Generation hergestellte Kontinuität würde die Idee einer politischen Gemeinschaft, in der man mit anderen Mitgliedern zu gleichen Bedingungen und kooperativ sein Leben verfolgt – so wie es das *ius nexi* vorsieht – keinen Sinn machen. Die ganze Zusammensetzung eines jeden politischen Systems wäre andernfalls unberechenbar und allen möglichen Einflüssen ausgesetzt. Die Tatsache, dass wir normalerweise die Staatsbürgerschaft als unveräußerlich erwerben oder doch so, dass man sie, einmal erworben, nicht so leicht wieder verliert, erklärt auch, warum Kontinuität eine ihrer unabdingbaren Voraussetzungen ist. Für alle diese Fragen gilt sicher, dass wir letztendlich mit der Kontingenz politischer Handlungsweisen zu rechnen haben, auch damit, dass jede Form von Gleichberechtigung kontextgebunden ist. So gesehen hängt doch alles von den territorialen Gegeben-

heiten ab und von uns, die wir zusammen mit anderen in dieses Stückchen Land hineingeboren sind, solange jedenfalls, als wir nicht wegziehen und uns in ein anderes Land und dessen Form der politischen Vergemeinschaftung einbringen.

#### Tertium datur:

##### Das Recht auf Bewegungsfreiheit und die freie Wahl des Wohnorts

Ich glaube, dass die Frage, die das zum Ausdruck bringt, was Shachar umtreibt und vor allem beschäftigt, nicht wirklich durch die zwei Herausforderungen motiviert ist, die sie in ihrem Buch zentral behandelt, dass vielmehr eine dritte Problemstellung ihr eigentliches Anliegen ist: etwas Drittes, das sozusagen in der Mitte liegt und sie daher veranlasst hat, die beiden anderen Fragen in eins zu setzen (und eher zu verwirren). Und dieses Dritte ist das Recht auf Bewegungsfreiheit und die freie Wahl des Orts, an dem man sich niederlässt.

Die damit angesprochene Problematik ist nur relevant, wenn Menschen ihr Land verlassen, und sich dann die Frage der Staatsbürgerschaft stellt. Daher ist diese Frage am Anfang von Shachars Buch so ein Mittelstück für ihre beiden Hauptgesichtspunkte. Das Problem kann allerdings nicht eingeschränkt oder dadurch gelöst werden, dass man allein die Bedingungen der Gewährung der Staatsbürgerschaft zum Thema macht. (Die Menschen können durch eine Aufenthaltsberechtigung politische Rechte wahrnehmen; aber wenn sie vor Ort aus verschiedenen Gründen gar nicht wohnhaft werden können, nützt ihnen dies auch nichts). Auch bringen solche Konditionierungen gar keinen Nutzen, wenn die Reserven in die ärmeren Länder überwiesen werden (sollen die Menschen doch alle demokratischen Rechte erhalten und nicht nur finanzielle Hilfen).

Zweifellos haben wir es hier mit einer Frage zu tun, die ins Zentrum der ökonomischen Lebensfähigkeit unserer gegenwärtigen demokratischen Systeme zielt. Und wie nicht anders zu erwarten halten die meisten Vertreter der politischen Theorie diese Fragestellung zur Zeit für enorm komplex, verbunden mit vielen Unwägbarkeiten, was ihre potentielle Beantwortung schwer macht. Auch wenn man kosmopolitisch agiert, sollte diese Frage keineswegs unterschätzt werden, da der demokratische Staat bis auf weiteres noch die entscheidende gestalterische Vorgabe für eine bessere globale Welt abgibt.<sup>11</sup> Mit Hannah Arendts Devise »Recht, um Rechte zu haben« sollten wir die Bedeutung von Demokratie und Staatsbürgerschaft im eigenen Land unterstreichen und nicht allzu rasch eine Politik der offenen Grenzen herbeiwünschen. Man müsste allerdings Klarheit darüber gewinnen, wie unsere demokratischen Gemeinwesen allmählich den Rechtsansprüchen von Migranten anzupassen wären, wenn gleichzeitig die Rechte ihrer eigenen Staatsbürger erhalten bleiben sollen. Die Demokratie braucht beides: Stabilität und Ressourcen.

Um mit den genannten Problemen umzugehen, muss man, meiner Meinung nach, die Fragen zur Gewährung der Staatsbürgerschaft nicht an



die erste Stelle setzen (weil diese sich, wenn demokratisch begründet, ohnehin aus einem auf Dauer gewährten Aufenthaltsrecht ergibt). Umso mehr und dringlicher geht es um eine Migrationspolitik auf demokratischer Grundlage. Und ich bin definitiv der Meinung, dass eben hier die am schwierigsten zu bewältigenden moralischen und rechtlichen Probleme liegen, denen wir unsere ganze Aufmerksamkeit zuwenden sollten.<sup>12</sup>

Übersetzung aus dem Englischen: Klaus R. Scherpe